

Editorial

»Die Diagnose vom Aufstieg der ›illiberalen Demokratie‹ war Symptom einer allgemeinen philosophischen und politischen Katerstimmung nach 1989: In den berausenden Tagen, als der Staatssozialismus implodierte und die Welt geradezu demokratietrunken wirkte, hatte es den Anschein, als würden sich Mehrheitsprinzip, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Grundrechte stets harmonisch zusammenfügen. Schon bald jedoch brachten Wahlen Mehrheiten hervor, die alle ihnen zur Verfügung stehende Macht nutzten, um Minderheiten zu unterdrücken und Grundrechte zu verletzen. Daraus ergab sich zwangsläufig die Notwendigkeit, den Liberalismus zu stärken, um die Gefahren für die Demokratie in Ländern einzudämmen, wo die politischen Kandidaten eine ›Winner-takes-all-Mentalität‹ an den Tag legen«, schreibt *Jan-Werner Müller* im einleitenden Essay der vorliegenden Ausgabe von *Transit*. Das Konzept der illiberalen Demokratie war der Versuch, die politischen Reaktionen auf die, wie manche meinen, uneingelösten Verheißungen von 1989 systematisch zu erfassen. Heute erleben wir ein Comeback des Begriffes als Bezeichnung für Regierungen, die von sich behaupten, den Willen der Bevölkerung losgelöst von den Fesseln des Rechtsstaats zu vollziehen. Er fungiert als nützliches Schlagwort zur Beschreibung der politischen Realität in Ländern, deren Regierungen auf Wirtschafts- und Flüchtlingskrisen mit Populismus, Nationalismus und Xenophobie antworten und die Grundpositionen des Liberalismus in Frage stellen.

Die Entsprechung ist scheinbar so passgenau, dass viele Kommentatoren dazu neigen, die »illiberale Demokratie« als eine zeitlose politische Kategorie wie »konstitutionelle Monarchie« oder »Tyrannei« zu verstehen. »Illiberale Demokratie« erscheint hier als eine Zwischenform von Herrschaft: nicht ganz demokratisch, weil die Rechte des Einzelnen und von Minderheiten nicht mehr vollumfänglich garantiert sind, aber auch nicht autokratisch, weil nach wie vor relativ freie Wahlen abgehalten werden. Diese ahistorische Sichtweise sieht freilich darüber hinweg, dass neue illiberale Regime wie diejenigen, die vor sechs Jahren in Ungarn und 2015

in Polen an die Macht gekommen sind, daran arbeiten, die Möglichkeiten für einen offenen und fairen politischen Wettbewerb einzuschränken, indem sie die öffentlich-rechtlichen Medien unter ihre Kontrolle bringen und die Verfassung ändern. Im Hinblick darauf erklärt Jan-Werner Müller am Anfang seines Beitrags mit Nachdruck: »Wer von »illiberaler Demokratie« spricht, belässt Regierungen wie denen von Kaczyński und Orbán die Möglichkeit zu behaupten, ihre Länder seien nach wie vor Demokratien, nur eben keine liberalen. Beobachter von außen sollten sich unmissverständlich darüber im Klaren sein, dass hier die Demokratie als solche Schaden nimmt.«

Ist »illiberale Demokratie« lediglich ein Euphemismus, der autokratischen Regimen die Chance offenhält, sich nach außen weiterhin einen demokratischen Anschein zu geben? *Gábor Halmais* Essay zeigt, dass der Begriff durchaus sein kritisches Potential bewahren kann, wenn wir es vermeiden, Demokratie und liberale Werte voneinander zu trennen. Es mag zutreffen, dass der Liberalismus und die moderne Demokratie zur selben Zeit entstanden sind, aber sie stehen nicht zwangsläufig für dieselben Werte, wie Fareed Zakaria in seinem vielzitierten Essay »The Rise of Illiberal Democracy« von 1997 behauptete: In der Anfangsphase des neuzeitlichen Aufbruchs zur Demokratie bestand ein Spannungsverhältnis zwischen Volkssouveränität und den Freiheitsrechten des Einzelnen. Hingegen gehörten 1989 bestimmte freiheitliche Grundsätze längst zum Grundbestand der Demokratie. Wie Halmai darlegt: »Das Charakteristische des Systemwandels, das Ungarn mit anderen postsozialistischen Ländern gemeinsam hatte, bestand darin, dass es einen unabhängigen Nationalstaat, eine Zivilgesellschaft, eine private Wirtschaftsordnung und demokratische Strukturen in einem Zuge institutionalisieren musste.« Es war genau diese Kombination aus demokratischen Institutionen und liberalen Werten, der ein Viktor Orbán den Kampf ansagte: »Vor den Wahlen im Jahre 2010 waren die meisten Wähler unzufrieden, nicht nur mit der Regierung, sondern auch mit dem Übergangsprozess selbst, und das mehr als in jedem anderen mittelosteuropäischen Land. Fidesz verstärkte dieses Gefühl noch, indem er behauptete, dass es 1989/90 keine wirkliche Wende gegeben habe und die frühere *Nomenklatura* ihre verlorene politische Macht schlicht in wirtschaftlichen Einfluss konvertiert habe«. Dieser Argumentation zufolge sind liberale Werte nicht mehr unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie, sondern nur noch ein Alibi für die Selbstbe-

reicherung der Eliten. Die Tatsache, dass für das liberale Credo das Privateigentum ebenso wichtig ist wie die individuellen Freiheitsrechte, bleibt in der populistischen Propaganda wohlweislich ausgeblendet.

Wenn illiberale Demokratien ihre autokratischen Praktiken verbergen und sich nach außen hin als Demokratien darstellen, müssen sie die Illusion des politischen Wettbewerbs erzeugen. Das ist der Grund dafür, dass gefestigte illiberale Demokratien wie die ungarische unter Orbán politisierte und dramatisierte Versionen ihrer nationalen Geschichte aus der Versenkung holen. »In einem illiberalen politischen System ohne funktionierende parlamentarische Opposition, ohne Chance auf eine rationale Diskussion über politische Alternativen, kann sich eine populistische politische Rhetorik mit den Federn eines heroischen Ringens um die geschichtliche Identität des eigenen Volkes schmücken. Ein ›Herauskommen‹ ist nicht möglich: An die Stelle pragmatischer Handlungsalternativen treten die diskursiven Stilmittel der Dramatisierung und die theatralische Fokussierung auf die kollektive Identität, auf nationale Wesenheiten«, stellt *István Rév* fest. Auch *Balázs Trencsényi* warnt davor, die Vorliebe illiberaler Demokratien für die Vergangenheit nicht außer Acht zu lassen. »Der ›Orbánismus‹ ist von etlichen seiner Jünger und Kritiker als Aufruf zur ›Herrschaft über die Gegenwart‹ charakterisiert worden, doch wird diese Gegenwart stets nach vorn und zurück projiziert, ganz abgesehen davon, dass auch die Art und Weise, wie kollektive Erfahrungen interpretiert werden, d.h. welche Vergangenheiten ›verfügbar‹ sind, einen Einfluss darauf hat, wie die Gegenwart ›beherrscht‹ werden kann.«

Die Selbstdarstellung rechtspopulistischer Regime als Verteidiger der »wahren« nationalen Geschichte konnte man auch nach dem Wahlsieg der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) beobachten. Wie *Klaus Bachmann* bemerkt, sehen viele Anhänger der neuen Regierung »den Wahlerfolg von PiS als *Ergebnis eines gesellschaftlichen Aufstandes gegen die (angeblich) faulen Kompromisse des Runden Tisches*, als eine Art gesellschaftliches Misstrauensvotum gegen eine moralisch verkommene Ordnung, zu der nun nicht nur die Volksrepublik und das Establishment der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei von damals, sondern auch die Führungsriege der Bürgerplattform und der Polnischen Bauernpartei und die angeblichen Nutznießer von deren Herrschaft gezählt werden.« Diese Erklärung – wie auch eine Reihe von anderen gängigen Versuchen, sich einen Reim auf den Erfolg von PiS zu machen – hält Bachmann

allerdings für unzureichend. Vielmehr liege dem »revolutionäre(n) Eifer, mit dem die neue Regierung (...) dabei ist, die Verfassungsordnung zu stürzen« ein Faktor zugrunde, der bisher zu wenig Beachtung gefunden habe: »das Drängen der (...) marginalisierten national-katholischen, traditionalistischen Eliten nach Respekt, Zugang zu staatlichen Ressourcen und Macht.« Auf diese Weise sei in Polen ein hybrides politisches System zwischen Diktatur bzw. Autoritarismus und liberaler Demokratie im Entstehen, in dem sich allerdings schon die ersten Risse abzeichnen.

Nicht alle illiberalen Regime der Gegenwart legen gleich großen Wert darauf, sich nach außen hin als Demokratien darzustellen und wenigstens den Anschein eines politischen Wettbewerbs aufrechtzuerhalten. Einige von ihnen zögern nicht, die Rede- und Meinungsfreiheit einzuschränken oder politische Opposition mit Gewalt zu unterdrücken. Wie *Soli Özel* in seinem Artikel über die heutige Lage in der Türkei ausführt: »Erdoğan ist bemüht, seine Position zu festigen und ein illiberal-autoritäres System zu schaffen, in dem der AKP die Führungsrolle zukommt. Unnachgiebig beharrt er auf der Etablierung eines Präsidialregimes möglichst ohne Kontrollmechanismen, das er ein Präsidialsystem *alla turca* nennt. Was ein solches System beinhaltet, wurde in den vergangenen Monaten spürbar, als die Zahl der Menschen, die wegen Verunglimpfung des Präsidenten angeklagt wurden, signifikant anstieg und Erdoğan es für angebracht hielt, Gerichtsentscheidungen zu widersprechen oder diese zu verurteilen, selbst solche des Verfassungsgerichts.« *Maria Tomak* berichtet über Schauprozesse gegen Bürger der Ukraine als Teil der hybriden Kriegsführung Russlands und gelangt zu der Einschätzung: »Gleichzeitig erlauben eben diese Fälle einen tiefen Blick in das Russland Putins – in seine Exekutivorgane und ihre Denkmuster von der Führungsebene bis in die untersten Ränge, in das Weltbild der Geheimdienste und ihre Methoden, in die Pläne der Kreml-Funktionäre samt der Frage, wie weit zu gehen sie bereit sind. Es scheint, dass noch die düstersten Prognosen über Russland sich als zu optimistisch erweisen.« Zu den politischen Gefangenen, die von der Krim nach Russland verschleppt wurden, zählt der bekannte Filmregisseur *Oleg Sentsov*, der im August 2015 zu 20 Jahren Lagerhaft verurteilt wurde. In seinem Beitrag zum vorliegenden Heft erinnert er sich an seine Schulzeit, aus der er eine wichtige Erfahrung mitgenommen hat: »In der Schule war ich dennoch nicht umsonst, sie hat mich trotz allem etwas gelehrt – nicht die Berechnung von Dreiecken, die ist für die

Katz –, ich habe in der Schule gelernt, niemals aufzugeben und mir treu zu bleiben.« *Vladimir Gel'man* lässt keinen Zweifel daran, dass Gewalt als Mittel der Politik ins Arsenal bestimmter illiberaler Regime zurückgekehrt ist: »Die Mechanismen, mit denen der Kreml seine Widersacher bekämpfte, veränderten sich. In den 2000er Jahren hatten die Machthaber auf Kooptation und Isolation politischer und gesellschaftlicher Akteure gesetzt, die sich nicht mit der Regierungspolitik einverstanden zeigten. Jetzt wurden diese Methoden von einer ›Politik der Angst‹ abgelöst – demonstrative Einschüchterung derjenigen, die gegen das Regime auftraten, systematische öffentliche Diskreditierung von Kreml-Gegnern und selektive Verfolgung oppositioneller Aktivisten und ihrer Verbündeten.« Illiberale Demokratien mögen das von Jan-Werner Müller konstatierte Demokratiedefizit aufweisen, aber das bedeutet nicht, dass sie alle im gleichen Maße undemokratisch sind. Es ist und bleibt ein gravierender Unterschied zwischen denen, die die Möglichkeit des politischen Wettbewerbs durch Verfassungsänderungen zu beseitigen versuchen, und denen, die notorisch zum Mittel der gewaltsamen Repression greifen.

Das vorliegende Heft konzentriert sich auf die zunehmende Regression der Demokratie und den Aufstieg autokratischer Formen der Politik in Europa. Über der berechtigten Frage, ob wir Zeugen eines epidemischen Demokratieversagens sind, sollten aber die Anstrengungen nicht übersehen werden, die in einigen Ländern in die andere Richtung unternommen werden. So analysiert *Maria Popova* die Versuche, das Justizsystem der Ukraine nach dem Maidan 2014 zu reformieren. Obwohl ihre Bilanz nach zwei Jahren alles andere als positiv ausfällt, ist doch allein die Tatsache bemerkenswert, dass die ukrainische Zivilgesellschaft einen starken und beharrlichen Druck ausübt, um diese demokratische Schlüsselinstitution aus dem Griff von Politik und Privatinteressen zu befreien.

Der Flüchtlingsstrom aus fernen Kriegsregionen nach Europa und die xenophobischen Reaktionen, die er überall in Europa hervorgerufen hat, erfordern ein neues Nachdenken über den Reiz, den illiberale Politik offensichtlich ausübt. Es wäre ein Fehler, der beruhigenden Illusion aufzusitzen, solche Reaktionen träten nur in jungen Demokratien auf. Die Versuchung, einer Mehrheit die Regierungsmacht und die Entscheidung zu überlassen, wer zur Gemeinschaft gehört und wer nicht, ist immer und überall gegeben und bleibt zu oft unhinterfragt. Um sie zu problematisieren, müssen wir nach Überzeugung *Paul Ricœurs* über juristische For-

mulierungen hinausgehen, denn was bei einer »rein juristischen Analyse der Stellung des Fremden (...) ungesagt bleibt, ist die Natur des Verständnisses, das wir von uns selbst als Mitgliedern einer solchen nationalen Gemeinschaft haben. Indem wir uns über dieses Verständnis befragen, werden wir dazu gebracht, dem unmarkierten Begriff des Fremden zum ersten Mal einen Inhalt zu geben. Wir können in unserem Verständnis des ›bei uns‹ nicht vorankommen, ohne uns irgendeine Vorstellung von dem zu machen, was es für den Fremden bedeuten mag, ›bei sich‹ zu sein, ›daheim‹ zu sein.« Wenn wir uns weigern, uns mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, bleiben wir der Vorstellung des Staates als Territorium verhaftet, eines durch Zäune geschützten, aber jeder ethischen Bedeutung entkleideten Staates. In einer solchen Welt wird Autorität durch Gewalt ersetzt, Bürgersinn durch Gehorsam und das Gemeinwesen durch Demarkationslinien.

In dem Bemühen, ein politisches Gemeinwesen abzubilden, das aufgehört hat, sich die von Ricoeur aufgeworfenen, existenziell wichtigen Fragen zu stellen, haben die Künstler *Sabine Bitter* und *Helmut Weber* eine Serie von Photos vom österreichisch-slowenischen Grenzübergang bei Spielfeld zusammengestellt. Wie die Künstler selbst dazu sagen: »Die Bilder sind entleert von solidarischen Akten der Hilfeleistung, während an den schwarzen Auslassungen und Fehlstellen bereits wieder vehement Gespenster nationalstaatlicher Konstruktionen und untergründige Affekte und Ressentiments von längst überkommen geglaubten Rassismen an die Oberfläche drängen.« Sieht so vielleicht die Wirklichkeit illiberaler Regime aus?

Wien, im Juni 2016